

Sehr geehrter Herr von Ungern-Sternberg,
sehr geehrte Frau Aderhold,
sehr geehrte Mitglieder des Koordinierungsausschusses,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung zu dieser Jubiläumssitzung und freue mich, dass ich quasi durch die Hintertür doch noch an der 100. Sitzung des Koordinierungsausschusses teilnehmen kann. Eigentlich wäre die 100ste schon während meiner aktiven Zeit bei Caritas und VENRO fällig gewesen, aber dann hat sich das Jubiläum aus verschiedenen Gründen verzögert.

Ich muss gleich zu Anfang etwas richtigstellen: ich war nicht bei der Gründung des Koordinierungsausschusses und in den allerersten Jahren dabei, sondern erst ab 1997 regelmäßig. Von den 100 Sitzungen – und wir zählen dabei nicht die Sondersitzungen mit – habe ich an mindestens zwei Drittel, wahrscheinlich sogar an drei Viertel teilgenommen. In den Anfangsjahren für Caritas international, die Hilfsorganisation, bei der ich bis vor kurzem gearbeitet habe, später dann auch für VENRO. VENRO hatte zunächst einen Gaststatus, wurde anfänglich etwas misstrauisch beäugt, aber dann ab dem Jahr 2000 als volles Mitglied aufgenommen. Seit diesem Zeitpunkt gibt es auch die Tradition, dass die Moderation der Sitzungen zwischen dem AA und VENRO wechselt.

Als ein Jubiläum im Sinne des Wortes kann man diese 100. Sitzung nicht feiern. **Es gibt nichts zu jublieren.** Der Ausschuss existiert, weil es humanitäre Krisen und Katastrophen gibt. Und es sieht nicht danach aus, als ob Menschen und Natur auf diesem Globus irgendwann in Frieden und Eintracht miteinander leben könnten. Es sieht nicht danach aus, dass es uns gelingt, Katastrophen auf das absolut unvermeidliche Maß zu reduzieren. Es sieht nicht danach aus, Konflikte statt mit Gewalt in Zukunft friedlich auszutragen oder schon im Entstehen zu verhindern. Falls das zu fatalistisch klingt: es entbindet uns alle nicht von der moralischen und politischen Pflicht, dafür zu arbeiten, dass es weniger Katastrophen und humanitäre Krisen gibt und dass, wenn es sie gibt, Menschen weniger darunter leiden müssen. Das müsste eigentlich als Präambel über der neuen Strategie der Bundesregierung zur Humanitären Hilfe stehen. Eine Welt ohne Katastrophen und Kriege mag man für eine Utopie halten. Trotzdem sollten gerade wir „Humanitären“ für eine solche utopische Haltung stehen, weil sie uns vor den schlimmsten Verrohungen schützt und uns daran hindert, zu Zynikern zu werden (das mit der utopischen Haltung ist von Adorno, nicht von mir!)¹

¹ Das Originalzitat lautet: „Empfindsam bleiben ist eine gleichsam utopische Haltung, die Sinne für ein Glück geschärft zu halten, das nicht kommen wird, jedoch uns in Bereitschaft für es vor den ärgsten Verrohungen schützt“ (Minima Moralia, genaue Stelle?)

Von der Utopie zurück zur Realität: aus der Zeit, die ich im Koordinierungsausschuss überblicke, möchte ich ein paar Highlights hervorheben:

In den **neunziger Jahren** hatten wir im Zusammenhang mit den Balkankriegen die ersten kontroversen **Diskussionen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit** – eine Diskussion, die uns bis heute begleitet und die 1999, nach dem NATO-Angriff auf Jugoslawien und der Besetzung des Kosovo durch NATO-Truppen, neue Aktualität bekam. Die Tatsache, dass kurz darauf mehr als 400 NRO im Kosovo tätig waren, und das Gros der deutschen NRO just da ihre Projekte hatte, wo die deutschen KFOR-Truppen Verantwortung hatten, hat uns den Vorwurf eingebracht, wir würden „im Windschatten militärischer Operationen“ operieren.

Der **11. September 2001** hat sich uns allen eingeprägt als ein Tag, der die Welt verändert hat. Wir hatten an dem Tag KOAHH-Sitzung hier in Berlin, nicht im AA, sondern beim DRK in Zehlendorf. Ich war nach der Sitzung auf dem Weg zum Flughafen Tegel, und der Busfahrer stellte das Radio laut, als die ersten Meldungen von den Terroranschlägen in den USA kamen. Seitdem ist auch die Humanitäre Hilfe **in den Sog sicherheitspolitischer Überlegungen geraten**. Bis heute dauern die Versuche an, die humanitären NGOs zu nützlichen Idioten der Terror- und Aufstandsbekämpfung zu machen, entweder indem man sie als „force multiplier“ (Colin Powell) bezeichnet oder sie im Namen einer sogenannten Afghanistan-Strategie mit Geld ködert, um sie zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu motivieren. David Rieff, einer der profiliertesten Kritiker der humanitären Hilfe, hat 2010 einen Artikel überschrieben mit „How NGOs became pawns (also Schachfiguren) in the war of Terrorism“. Ich hoffe, dass wir nicht zu Schachfiguren geworden sind.

Die **50. Sitzung des Koordinierungsausschusses** war am 11. März 2003, und sie stand unter dem Einfluss des drohenden Irakkrieges, der dann wenige Tage später begann. Das AA war durch StM Kerstin Müller vertreten. Das Redemanuskript von meinem damaligen Statement hätte ich im Prinzip fast unverändert für heute nehmen können. Es ging im Wesentlichen um die Rolle des Koordinierungsausschusses, um die Politik der humanitären Hilfe der Bundesregierung und um die Zusammenarbeit zwischen Hilfsorganisationen und Streitkräften. Damals wie heute gab es aus NRO-Sicht **Kritik an der humanitären Hilfe der Bundesregierung**: zu geringe Gesamtausgaben für humanitäre Hilfe, sowohl absolut als auch im Verhältnis zur ODA, Aufteilung der deutschen humanitären Hilfe auf verschiedene Ressorts, und, damit zusammenhängend, mangelnde Verknüpfung von Soforthilfe zur Übergangshilfe, Mangel an Transparenz bei der Auswahl der NRO und bei der Mittelvergabe. Auch damals

schon habe ich, hat VENRO die **fehlende Strategie der Bundesregierung zur humanitären Hilfe** angemahnt. Wir wurden in dieser Kritik später bestätigt durch den DAC Peer Review von 2006² und 2010 und durch die kürzliche Evaluierung der deutschen humanitären Hilfe. Immerhin: der Entwurf einer Strategie liegt nun vor, und wir sind gespannt darüber mehr zu hören.

Bei aller Kritik möchte ich aber auch sagen, dass wir als NRO viele **positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit** gemacht haben. Nicht nur hier im Koordinierungsausschuss und mit unserem Gegenüber, dem Arbeitsstab Humanitäre Hilfe und dessen Leitungen³, sondern auch im Dialog mit der Leitungsebene der vertretenen Ressorts, vor allem AA und BMZ, zuletzt auch mit dem BMVg. Auch mit dem zuständigen Bundestagsausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe gab es im Laufe der Jahre mehrere Gespräche. Themen waren immer wieder Afghanistan, Unabhängigkeit der humanitären Hilfe, LRRD, mehr Geld für die NRO, usw. Als besonders positives Beispiel für gelungene Zusammenarbeit zwischen Regierung und NRO möchte ich den **Europäischen Konsens über die Humanitäre Hilfe** von 2007 erwähnen, der unter der deutschen EU-Präsidentschaft erarbeitet wurde. Wir konnten uns als deutsche NRO dank der Offenheit der damaligen Leiterin des Arbeitsstabs, Frau Ursula Müller, sehr gut in diesen Prozess einbringen und glauben, dass der Europäische Konsens die deutliche Handschrift der deutschen Seite, auch die der NRO, trägt.

Aber ich muss auch Wasser in den Wein schütten: Wir haben zwar manche bemerkenswerte rhetorische Schlacht im Koordinierungsausschuss geschlagen, aber auf manche Sitzung hätte man auch gut verzichten können. Das Auswärtige Amt hat sich gelegentlich bemüht, den Koordinierungsausschuss von politischen Grundsatzdebatten freizuhalten, aber das ist zum Glück nicht ganz gelungen. Wo, wenn nicht hier, sollte denn über die politischen Rahmenbedingungen und Implikationen für die humanitäre Hilfe gesprochen werden? Wo sollten wir über die Dilemmata der humanitären Hilfe sprechen wenn nicht hier? Wir alle wissen doch, dass humanitäre Hilfe, insbesondere die von Regierungen, nicht frei von politischen Interessen ist. Auch in diesem Ausschuss hat es Sündenfälle gegeben. Ich erinnere mich an eine Sitzung, es muss 1999 gewesen sein, im Zusammenhang mit dem NATO-Einsatz gegen Jugoslawien, als den NRO vom AA zusätzliche Mittel für Jugoslawien angeboten wurden, die aber – und jetzt kommt der Sündenfall – an die

² So etwa 2006: „there is no comprehensive policy on humanitarian aid to guide actors within the German development system“

³ Evtl. Hinweis auf die personellen Wechsel bei der Leitung des ASHH im Auswärtigen Amt: von Rom, Erich Riedler, Detlev Rüniger, Ursula Müller, Alfred Grannas, jetzt Dr. Eltje Aderhold

Bedingung geknüpft waren, humanitäre Projekte in solchen jugoslawischen Kommunen zu fördern, die in Opposition zum Milosevic-Regime standen.

Zu den eher frustrierenden oder enttäuschenden Erfahrungen im Koordinierungsausschuss zählt für mich auch, dass die deutsche Regierung den Sachverstand, der in diesem Gremium vorhanden ist, wenig nutzt, wenn es um politische Entscheidungen zur humanitären Hilfe geht. Beispiele dafür sind der kostspielige Hubschraubereinsatz bei der Flutkatastrophe in Mosambik im Jahr 2000, der damals 8,2 Mio. DM gekostet hat, oder die Lieferung von überschüssigem BSE-Rindfleisch nach Nordkorea 2001 - in beiden Fällen hätte der Ausschuss wohl dringend abgeraten.

Zum Schluss möchte ich ein paar **Wünsche für die Zukunft** des Koordinierungsausschusses formulieren.

Erstens, und das schließt direkt an die vorausgegangene Bemerkung an: ein besserer Draht zur Politik wäre gut. Damit meine ich mehr erkennbares Interesse der AA-Leitung an Fragen der humanitären Hilfe, mehr Präsenz von Abgeordneten im Koordinierungsausschuss, und mehr Themen der humanitären Hilfe auf der Tagesordnung des zuständigen Ausschusses. Zweitens: Warum nicht mehr Öffentlichkeit wagen? Bei Bedarf und interessanten Themen Presse und Fernsehen zu den Sitzungen einladen? Oder mal eine Pressekonferenz zu einem wichtigen Thema machen? Der Entertainment-Faktor ist zugegebenermaßen nicht sehr hoch, aber die Medien haben ja auch einen Informations- und Bildungsauftrag, und diesbezüglich, also Informationen und Bewusstseinsbildung in Sachen humanitäre Hilfe gibt es Nachholbedarf in der deutschen Öffentlichkeit. Der Koordinierungsausschuss könnte dazu beitragen, das öffentliche Bewusstsein für die Probleme der humanitären Hilfe zu schärfen und Mythen abzubauen (zum Beispiel den vom weißen Helfer, der den hilflosen Katastrophenopfern gute Hilfsgüter aus Deutschland bringt).

Drittens, und das geht weniger an die Adresse des Ausschusses als vielmehr an die politisch Verantwortlichen: Deutschland kann international noch zulegen, was sein Engagement in der humanitären Hilfe anbetrifft, und das meine ich nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Und schließlich Viertens: Es ist der erklärte Wille der Bundesregierung, sich weltweit für Frieden und für zivile Krisenprävention einzusetzen. Das AA hat sogar einen eigenen Fördertitel für diesen Bereich. Nach dem Aktionsplan Zivile Krisenprävention von 2004 will deutsche Außenpolitik Friedenspolitik sein. Dass dieses hehre Ziel nicht einfach umzusetzen ist, wissen wir. Aber um in dieser Frage glaubhaft zu sein, muss Deutschland endlich damit anfangen,

seine Rüstungsexportpolitik zu ändern. Aus der Sicht der humanitären Hilfe ist es unerträglich, wenn das Land, das sich der humanitären Idee verpflichtet fühlt, durch den umfangreichen Export von Rüstungsgütern dazu beiträgt, dass bewaffnete Konflikte Menschen in humanitäre Notlagen bringen. Das passt einfach nicht zusammen.

Ich danke Ihnen.

Jürgen Lieser, 15.11.2012